

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 16/8488, 16/8912 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt geändert:

Artikel 23 Abs. 1a Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Bundestag ist hierzu auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels seiner Mitglieder verpflichtet.“

2. Nummer 3 wird wie folgt geändert:

a) In Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 werden nach den Wörtern „einer Landesregierung oder“ die Wörter „einer Fraktion oder“ eingefügt.

b) Die Wörter „eines Drittels“ werden durch die Wörter „eines Viertels“ ersetzt.

Berlin, den 22. April 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung**Zu Nummer 1**

Um die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips möglichst effektiv zu gewährleisten, aber auch aus allgemeinen Erwägungen hinsichtlich einer Verbesserung der parlamentarischen Minderheitenrechte muss jede im Deutschen Bundestag vertretene Fraktion die Erhebung einer Subsidiaritätsklage durch den Bundestag erzwingen können. Darüber hinaus soll unabhängig von den Fraktionen auch ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages dieses Recht haben.

Zu Nummer 2

Die Änderung erfolgt aus Erwägungen des parlamentarischen Minderheitenschutzes und dient zur Herstellung des Gleichklangs mit der Regelung über die Erhebung der Subsidiaritätsklage zum Europäischen Gerichtshof.